

Bekanntmachung

Die 2. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung findet am Dienstag, den 24.09.2019 statt.

Beginn: 16:15 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 20.08.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel
Vorlage: AN 0037/2019
- 4.2 Möglichkeiten einer Städtepartnerschaft mit der Russischen Föderation prüfen
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maik Hofmann
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Niederschrift
der Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 20.08.2019
Beginn: 16:15 Uhr
Ende 16:40 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jacob Friedrich Bernhardt
Frau Kerstin Brusch
Frau Heike Corinth
Herr Jan-Jacob Corinth
Herr Thomas Haack
Herr Maik Hofmann
Frau Christa Labouvie
Herr Steffen Ritschel
Herr Maximilian Schwarz

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Jörn Tuttlies

Gäste

Herr Nick Liesener
Herr Thomas Schulz
Frau Dr. Jane Brückner
Herr Alexander Wilhelm

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Wahlen
 - 2.1** Wahl der/des Ausschussvorsitzenden
 - 2.2** Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen
 - 2.3** Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
 - 2.4** Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft Herrn Schulz eröffnet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Der 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bürgerschaft begrüßt alle Anwesenden zur ersten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

Die vorliegende Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Wahlen

zu 2.1 Wahl der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Schulz bittet um Vorschläge zur Wahl des Vorsitzenden.

Herr Haack schlägt Herrn Hofmann als Ausschussvorsitzenden vor

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Herr Schulz verpflichtet Herrn Hofmann gemäß § 28 Absatz 2 der KV M-V und übergibt ihm die Leitung der Sitzung.

zu 2.2 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner/innen

Herr Hofmann verpflichtet Herrn Bernhardt, Frau Brusch, Frau Labouvie und Herrn Ritschel gemäß § 28 Abs. 2 Kommunalverfassung MV als sachkundige Einwohner zur gewissenhaften Erfüllung der Aufgaben im Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

zu 2.3 Wahl der 1. Stellvertreterin/des 1. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Hofmann bittet um Vorschläge zur Wahl der 1. Stellvertreterin/ des 1. Stellvertreters.

Herr Bernhardt schlägt Frau Corinth zur Wahl vor.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit ist Frau Corinth zur 1. Stellvertreterin gewählt.

zu 2.4 Wahl der 2. Stellvertreterin/des 2. Stellvertreters der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Hofmann bittet um Vorschläge zur Wahl der 2. Stellvertreterin/ des 2. Stellvertreters.

Frau Labouvie schlägt sich selbst vor.
Sie stellt sich den Anwesenden kurz vor.

Herr Ritschel schlägt sich ebenfalls vor und stellt sich kurz vor.

Herr Hofmann lässt über den Vorschlag von Frau Labouvie abstimmen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen

Somit ist Frau Labouvie zur 2. Stellvertreterin gewählt.

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen - keine

Es liegen keine Themen zur Beratung vor.

zu 5 Verschiedenes

Herr Hofmann schlägt vor, Themen für den Arbeitsplan per E-Mail einzureichen. Dann wird eine Arbeitsliste durch die Geschäftsstelle erstellt.
Die Themen werden dann in die Sitzungen eingeordnet und entsprechend abgearbeitet.
Er teilt mit, dass auch die Verwaltung regelmäßig Themen in den Ausschuss einbringen wird.

Herr Ritschel erfragt, ob es eine Liste zu aktuellen Projekte gibt, die demnächst bzw. in der anstehenden Legislaturperiode abgearbeitet werden sollen.

Herr Tuttlies informiert, dass in den Schulen die Digitalisierung vorangetrieben werden soll.
Das Thema muss demnächst beraten werden.

Weiter gibt es die Themen der Schülerzahlen in der 1., 5. und 7. Klasse.
Der Schulträger ist für die Bereitstellung der schulischen Infrastruktur verantwortlich.

Frau Labouvie regt an, bei der Digitalisierung eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Stralsund anzustreben.

Herr Hofmann informiert, dass Frau Dr. Jane Brückner von der Hochschule Stralsund anwesend ist.

Er beantragt das Rederecht für Frau Brückner und lässt darüber abstimmen:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Dr. Brückner stellt sich den Anwesenden vor und informiert über ihren bisherigen Werdegang.

Sie erläutert ihr Aufgabengebiet an der Hochschule und regt eine Zusammenarbeit an.

Herr Ritschel nennt folgende Themen für die Arbeitsliste:

- Schulpakt - IT-Lagune
- Landesinitiative MV Digital
- „Bitköpfe“ Schulprojekt
- „Digitaler Schwimmkurs“

Herr Bernhardt regt an, das Thema „Sporthallenbau Schulzentrum am Sund“ auf die Arbeitsliste zu setzen.

Herr Corinth schlägt vor, die Schülersprecher einzuladen. Somit wird ihnen ein Signal gegeben, dass der Ausschuss Ansprechpartner bei Problemen ist.

Herr Hofmann teilt mit, dass die Ausschusssitzungen wie immer dienstags um 16:15 Uhr stattfinden.

Herr Ritschel erfragt, ob es seitens der Verwaltung eine Liste zu Problemen gibt.

Herr Hofmann schlägt hier vor, auch den Weg eines Telefonates zu nutzen.

Herr Tuttlies bittet bei solchen Fragen um eine reale Vorbereitungszeit. Er ermutigt die Mitglieder, gern auch per Telefon anzufragen. Er wird immer versuchen, aussagefähig zu sein.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Hofmann stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf bestand.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	25.02.2019
Einreicher:	Adomeit, Michael, Gerd Riedel		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Begründung:
Schon jetzt klagen viele Ausbildungsbetriebe über das schlechte Niveau der Schulabgänger.
Die Zeche bezahlen am Ende wir alle.

Michael Adomeit

Gerd Riedel

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8

Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen

Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel

Vorlage: AN 0037/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-02-0945

Datum: 07.03.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 07.03.2019

Zu TOP : 9.8

Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen

Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel

Vorlage: AN 0037/2019

Herr Adomeit begründet den Antrag ausführlich. Durch eine Berichterstattung im Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport würde gewährleistet, dass die Thematik weiter begleitet wird. Gleichzeitig würden Lehrer geschützt, die sonst den Weg in die Öffentlichkeit gehen müssten.

Frau Bartel erklärt, das Ansinnen von Herrn Adomeit zu verstehen. Sie hält die Verweisung des Antrages zur Beratung, so wie bereits von Herrn Adomeit angedeutet, in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport für die geeignete Lösung.

Herr Dr. Zabel verweist auf die Verantwortlichkeit des Schulamtes. Dieses könnte im Ausschuss die entsprechenden Informationen mitteilen, sofern die Bereitschaft dazu besteht. Einer Verweisung des Antrages würde die CDU/FDP-Fraktion zustimmen.

Herr Haack beantragt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport.

Herr Laack stellt klar, dass die Zuständigkeit beim Land liegt.

Der Präsident erteilt gegen Herrn Laack einen Ordnungsruf wegen ungebührlichen Verhaltens.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Paul lässt über die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung Hochschule, Kultur und Sport wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-02-0945

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Birgit König

Stralsund, 18.03.2019

Zuarbeit für die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 24.09.2019

Vorlage Nr.: FL 0018/2019: Möglichkeiten einer Städtepartnerschaft mit der Russischen Föderation prüfen

Sehr geehrter Herr Hofmann,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

derzeit unterhält die Hansestadt Stralsund Beziehungen zu acht Partnerstädten – sieben im Ostseeraum und eine in China. Mit dem Antrag Nr. 0051/2019 beauftragte die Bürgerschaft die Stadtverwaltung, die Möglichkeit einer weiteren Partnerschaft mit einer Stadt in der Russischen Föderation zu prüfen.

Gemäß dem Antrag sollte die Reise einer Delegation unter der Leitung des Bürgerschaftspräsidenten zum Internationalen Hansetag der Neuzeit vom 26. Juni bis 1. Juli 2019 nach Pskow genutzt werden, um Kontakte im Hinblick auf eine mögliche Partnerschaft zu knüpfen.

Auch wenn es im Rahmen der Mitgliedschaft im Städtebund DIE HANSE bereits ein verbindendes Element zwischen der Stadt Pskow und Stralsund gibt, ergaben sich nach Rücksprache mit Peter Paul und dessen Büroleiter Jan Kuhn während des Hansetages keine weiteren Ansätze, um eine mögliche Städtepartnerschaft anzubahnen. Vielmehr konnte festgestellt werden, dass die Stadt Pskow bereits zwei offizielle Partnerschaften zu den Städten Gera und Neuss (auch eine Hansestadt) in Deutschland unterhält.

Im Ergebnis möchte das Amt für Kultur, Welterbe und Medien den Ausschüssen der Bürgerschaft empfehlen, keine weiteren Aktivitäten im Hinblick auf eine Partnerschaft mit der Stadt Pskow zu entfalten.

Eine institutionalisierte Städtepartnerschaft sollte aus Sicht des Fachamtes angestrebt werden, wenn die Hansestadt Stralsund gemeinsame inhaltliche Interessen mit einer russischen Stadt ausgelotet und beide Städte sowie ansässige Behörden/Institutionen/Unternehmen konkrete Projekte in einem kurz- bis mittelfristigen Zeitraum initiiert und umgesetzt haben. Hierfür bieten bereits bestehende Kooperationen oder Projekte in Mecklenburg-Vorpommern und/oder in Stralsund Anknüpfungspunkte.

Daher möchte das Fachamt empfehlen, folgende Ansätze zu verfolgen.

1. Petersburger Gebiet

Seit dem Jahr 2002 unterhält Mecklenburg-Vorpommern eine Regionalpartnerschaft mit dem Petersburger Gebiet. Über die Initiativen der Landesregierung und deren Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Russlandtag ergeben sich eine Reihe von Möglichkeiten, die aufgegriffen werden können – beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft oder Wissenschaft.

Die Landesregierung flankiert Außenhandelsbeziehungen mit Maßnahmen zur Förderung des unternehmerischen Austausches. Weiterhin existieren anlassbezogene Austauschprogramme für Fach- und Führungskräfte aus Privatunternehmen, etwa im Bereich der Abfallwirtschaft oder zur Korruptionsbekämpfung auf behördlicher Ebene.

Während der „Tage der Deutschen Wirtschaft“ im Petersburger Gebiet – dem Gegenstück zum alle zwei Jahre in Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden Russlandtag – wurde beispielsweise ein Kooperationsprojekt zwischen der Stralsunder Ostseestaal GmbH und der Ushakovo Yards GmbH aus Ushakovo/Region Kaliningrad initiiert. Ostseestaal arbeitet mit

der russischen Werft bei der Entwicklung eines neuen Schiffstyps zusammenarbeiten, der auf Flüssen und in küstennahen Gewässern eingesetzt werden kann.

Die Hochschule Stralsund unterhält dauerhafte Beziehungen mit der St. Petersburg State Electrotechnical University „LETI“. Seit 2019 wird auch einen Master-Studiengang "International Management Studies in the Baltic Sea Region" mit einem Doppelabschluss der Hochschule Stralsund sowie der Partneruniversität St. Petersburg angeboten. Der Studiengang steht Studierenden beider Universitäten offen, die Dozenten beider Institute sind eng vernetzt und betreuen die Master-Arbeiten gemeinsam. Die Einrichtung des Studienfachs ist ebenfalls ein Ergebnis des Russlandtages im Oktober 2018.

In Abstimmung mit der Landesregierung sollte daher ausgelotet werden, welche sinnvollen und ergänzenden Kooperationen es für Stralsund in Bezug auf das Petersburger Gebiet geben könnte. Dazu würde das Fachamt ein Gespräch mit dem Ansprechpartner im Land im Referat 120 „Internationale Beziehungen und Regionalpartnerschaften“ in der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern führen.

2. Halbinsel Kamtschatka

Ein zweiter Ansatz zum Aufbau einer strategischen Projektpartnerschaft mit einer Region in Russland könnte sich aus dem Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs für Vorpommern Patrick Dahlemann und der Landtagsabgeordneten Ann-Christin von Allwörden auf der Halbinsel Kamtschatka im Juli dieses Jahres ergeben. Auf Kamtschatka soll die touristische Infrastruktur weiter entwickelt werden. Die Region ist auf der Suche nach potentiellen Projektpartnern, von deren Erfahrungen man profitieren und Lösungen für die Halbinsel ableiten kann. Ansprechpartner für konkrete Gespräche diesbezüglich sind die Freundschaftsgruppe des Bundesrats und des Russischen Föderationsrates und das Deutsch-Russischen Forum, die die Reise auch organisiert haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich informieren, dass über die Deutsche Stiftung Welterbe der Hansestädte Stralsund und Wismar im Jahr 2006 bereits Kontakte zur Halbinsel Kamtschatka bestanden, indem eine Feldstudie in den Wasserreservoirs und Fluss-Laichgebieten der Vulkan-Region im Naturpark Kluchevskoy gefördert wurde.

3. Wladiwostok

Eine dritte Option bestünde darin, bereits bestehende bzw. vergangene Kontakte in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft/Forschung (wieder)aufzunehmen bzw. weiterzuverfolgen. In den Jahren 2013/2014 gab es fortgeschrittene Kontakte seitens der Hansestadt Stralsund zum Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Wladiwostok, Jaroslaw I. Kotyk. Das Deutsche Meeresmuseum unterhielt bereits Kontakte mit dem Okeanarium und dem Institut für Meeresbiologie an der Universität in Wladiwostok. Speziell beriet das Deutsche Meeresmuseum die beiden Institutionen bei der Konzeption, die Museumsausstellungen und -aquarien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und dadurch zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der marinen Umwelt zu sensibilisieren.

gez. Steffi Behrendt